

Master = <https://www.docdroid.net/BkuZJEN/staatsterror-durch-vorsatzliche-panikmache-quellenverzeichnis-pdf>

https://www.focus.de/politik/deutschland/aus-dem-innenministerium-wie-sag-ichs-den-leuten-internes-papier-empfehl-den-deutschen-angst-zu-machen_id_11851227.html

1) Internes Papier aus Innenministerium empfahl, den Deutschen Corona-Angst zu machen

[Samstag, 11.04.2020, 10:14](#)

Zwölftausend Tote – im günstigsten Fall: Ein internes Papier aus dem Bundesinnenministerium zur Eindämmung der Corona-Krise sorgte Ende März für Wirbel. Darin sprechen sich die Autoren unter anderem für flächendeckende Tests der Bevölkerung nach dem Vorbild Südkoreas aus. Doch erst jetzt kommt heraus: Das Papier empfiehlt auch drastische Maßnahmen zur Krisenkommunikation.

Es sind schockierende Zahlen, die der interne Bericht „Wie wir [Covid-19](#) unter Kontrolle bekommen“ durchspielt: 70 Prozent der Deutschen könnten sich mit dem [Coronavirus](#) infizieren, mehr als eine Million Bürger könnten sterben, wenn eine „massive Überlastung des Gesundheitssystems“ nicht durch entschlossenes Eingreifen vermieden wird. Das Geheimpapier aus dem Bundesinnenministerium, das vom 22. März datiert, sorgte aber auch aus einem anderen Grund für Aufmerksamkeit; weil es sich für flächendeckende Massentests nach dem Vorbild Südkoreas aussprach. „Ein der Lage angemessenes und schrittweises Eingreifen in wirtschaftliche und gesellschaftliche Abläufe wird dadurch erst ermöglicht (...)“, heißt es in dem Text.

Bereits Ende März geisterte das Papier mit seinen erschreckenden Zahlen und seinen weitreichenden Handlungsempfehlungen erstmals durch die Medien, [der „Spiegel“](#), die [„Süddeutsche Zeitung“](#) sowie [WDR und NDR](#) hatten unter anderem darüber berichtet. Kritik hatte der Bericht damals vor allem deshalb auf sich gezogen, weil er inhaltlich teilweise [Bezug auf einen Blogbeitrag im Internet](#) nahm, dessen Inhalt von Experten nicht geteilt wird. Ministeriumssprecher Steve Alter erklärte Ende März, das Papier solle darstellen, wie sich die aktuelle Situation auf die innere Sicherheit auswirken könnte, „welche unterschiedlichen Verläufe sind hier denkbar“.

2) Schockwirkung erwünscht

Im Kampf gegen Corona setzt das Ministerium Horst Seehofers auf Massentests und Tracking. Und auf eine härtere Kommunikationsstrategie.

BERLIN *taz* | Es ist ein Dokument von erstaunlicher Klarheit: In einem vertraulichen Strategiepapier hat das Bundesinnenministerium mögliche Szenarien zum Verlauf der Corona-Epidemie sowie die angestrebten Gegenmaßnahmen und die damit verbundene Kommunikationsstrategie dargestellt. Das 17-seitige Papier, über das zuerst der Rechercheverbund aus *Süddeutscher Zeitung*, *NDR* und *WDR* berichtet hatte und das der taz vorliegt, drängt dabei neben einer starken Ausweitung der Corona-Tests und der Erhöhung der Zahl von Intensivbetten auch auf eine veränderte Kommunikationsstrategie.

Das von Horst Seehofer (CSU) geleitete Ministerium bestätigte am Freitag die Existenz des Papiers, wollte es aber nicht kommentieren, weil es „nicht für die Öffentlichkeit bestimmt“ sei.

Zum Verlauf der Epidemie vergleicht das Ministerium drei Szenarien. Das „Worst Case“-Szenario geht davon aus, dass sich die Verdopplungszeit der Infiziertenzahl von anfangs 3 Tagen bis Mitte April auf 6 Tage und bis Ende April auf 9 Tage verlängert (aktuell liegt sie [bei knapp 5 Tagen](#)). In diesem Fall würden bis Ende Mai etwa 70 Prozent der Bevölkerung infiziert gewesen sein. Bis zu 350.000 Menschen würden gleichzeitig intensivmedizinische Versorgung benötigen – was angesichts der vorhandenen Kapazitäten bedeuten würde, dass 85 Prozent derjenigen, die sie brauchen, abgewiesen werden müssten.

In diesem Szenario würden innerhalb von zwei Monaten knapp 1,2 Millionen Menschen durch das Corona-Virus sterben. Das Innenministerium geht dabei aufgrund von Hochrechnungen aus anderen Ländern von einer Sterblichkeitsrate von 1,2 Prozent aus, sofern eine ausreichende Krankenhausversorgung gewährleistet ist; Zu Zeiten, in denen die Kapazitäten nicht ausreichen, wird eine Sterblichkeit von 2 Prozent angenommen. Diese Werte sind deutlich höher als in einem Szenario des Robert-Koch-Instituts vom 20. März: Dies ging von einer Sterblichkeit von 0,56 Prozent aus, erklärte dazu aber, dass dieser Wert „eher am unteren Rand bestehender Schätzungen“ liege.

In einem als „Dehnung“ bezeichneten Szenario wird davon ausgegangen, dass die Verdopplungszeit der Infiziertenzahl durch schärfere Maßnahmen zur Verringerung physischer Kontakte schon bis Anfang April auf 6 Tage und bis Mitte April auf 9 Tage steigt. In diesem Fall würden nur etwa 20 Prozent der Bevölkerung infiziert. Der Bedarf an Intensivbetten würde dabei die Kapazität nur geringfügig überschreiten, so dass nur 16 Prozent der Patienten abgewiesen werden müssten. In diesem Szenario würden nur etwa 220.000 Menschen sterben. Allerdings müsste der Ausnahmezustand mit weitgehenden Kontaktbeschränkungen dabei rund 7 Monate andauern.

Strategiepapier des Innenministeriums

„Um das Testen schneller und effizienter zu machen, ist längerfristig der Einsatz von Big Data und Location Tracking unumgänglich.“

Das dritte Szenario trägt den Namen „Hammer and Dance“, offenbar in Anlehnung an einen [viel zitierten Artikel](#) über Eindämmungsstrategien zur Corona-Epidemie. Dieses geht davon aus, dass zusätzlich zur Verlängerung der Verdopplungszeit anschließend die Ausbreitung des Virus durch umfangreiches Testen und Isolieren von Infizierten stark verringert werden kann. Dadurch sinkt die Zahl der Infizierten auf insgesamt rund 1 Million und die der Toten auf 12.000.

Ausgangsbeschränkungen bis mindestens Ende April

Um das zu erreichen, müsse die Zahl der Corona-Tests schnell und massiv erhöht werden. „Getestet werden sollten sowohl Personen mit Eigenverdacht als auch der gesamte Kreis der Kontaktpersonen von positiv getesteten Personen“, heißt es im Papier. Zum Ermitteln von Personen, die mit einem Infizierten in Kontakt waren, will das Innenministerium auch Handy-Daten nutzen: „Um das Testen schneller und effizienter zu machen, ist längerfristig der Einsatz von Big Data und [Location Tracking](#) unumgänglich.“ Alle positiv getesteten Personen müssten dann isoliert werden, „zu Hause oder in einer Quarantäneanlage“.

Wenn diese Testkapazitäten schnell gesteigert würden, könnten die allgemeinen Ausgangsbeschränkungen ab 20. April schrittweise gelockert werden – was aus Sicht des Innenministeriums auch erforderlich ist. „Eine längere Periode der Ausgangsbeschränkungen ist weder wirtschaftlich noch sozial aufrecht zu erhalten“, heißt es.

Neben den Strategien zur Eindämmung der Epidemie beschäftigt sich das Papier auch ausführlich mit der politischen Krisenkommunikation – und drängt darauf, die Gefahren stärker zu betonen als bisher geschehen. „Wir müssen wegkommen von einer Kommunikation, die auf die Fallsterblichkeitsrate zentriert ist“, schreiben die Autoren. Diese habe jungen und gesunden Menschen bisher den Eindruck vermittelt, dass sie selbst kaum betroffen seien.

Folgeschäden auch für junge Menschen

Das ist aus Sicht des Innenministeriums aber nicht der Fall. Zum einen drohten auch bei jungen Menschen Folgeschäden wie eine reduzierte Lungenkapazität. Zum anderen würden – zumindest in den negativeren Szenarien – die Folgen im Familienumfeld unmittelbar spürbar. „Viele Schwerkranke werden von ihren Angehörigen ins Krankenhaus gebracht aber abgewiesen, und sterben qualvoll um Luft ringend zu Hause“, warnt das Papier – und fordert: „Um die gewünschte Schockwirkung zu erzielen, müssen die konkreten Auswirkungen einer Durchseuchung auf die menschliche Gesellschaft verdeutlicht werden.“

Neben den gesundheitlichen Folgen warnt das Innenministerium zudem in drastischen Worten vor den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen. Im günstigsten Fall einer schnellen Eindämmung und Kontrolle der weiteren Ausbreitung würde das Bruttoinlandsprodukt nur um 4 Prozent sinken. Im schlimmsten Fall sei ein Einbruch um 32 Prozent denkbar. Was das bedeuten könnte, umschreibt das Papier so: „Es droht, dass dies die Gemeinschaft in einen völlig anderen Grundzustand bis hin zur Anarchie verändert.“

Journalismus ist wichtiger denn je

Wir berichten seit 1978 über die Zerstörung unseres Planeten – weil wir daran glauben, dass eine bessere Welt möglich ist. Klima- und Umweltberichterstattung haben in der taz schon immer einen großen Raum eingenommen, aber zurzeit gehen wir noch einmal in die

Offensive. Die taz berichtet noch intensiver über die drohende Klimakatastrophe – auf allen Kanälen. Um dies leisten zu können, sind wir auf die Unterstützung unserer Leser*innen angewiesen. Denn guter Journalismus ist aufwändig und nicht kostenlos zu haben.

Unsere Idee: Die Arbeit der Redaktion ist – anders als bei vielen anderen Medien – frei zugänglich. Unsere Artikel sollen so viel wie möglich gelesen, geliked und geteilt werden. Nur so können sie die ökologisch notwendigen Veränderungen unserer Gesellschaft vorantreiben. Im Gegenzug wird die taz von unseren Leser*innen unterstützt. Freiwillig und solidarisch. Mit Ihrer Beteiligung kann die taz auch in Zukunft das sein, was sie ist: eine kritische Öffentlichkeit und eine engagierte Stimme für mehr Klimaschutz. Unterstützen Sie jetzt die taz und helfen Sie uns dabei. 25.500 machen schon mit.

8) Markus Söder: "Alle vier Minuten stirbt ein Mensch in Deutschland an Corona"

Ministerpräsident Markus Söder ruft für Bayern erneut den Katastrophenfall aus. Ab Mittwoch gelten Ausgangsbeschränkungen, in Hotspots eine nächtliche Ausgangssperre.

6. Dezember 2020, 15:29 Uhr Aktualisiert am 6. Dezember 2020, 15:31 Uhr

<https://www.zeit.de/video/2020-12/6214482954001/markus-soeder-alle-vier-minuten-stirbt-ein-mensch-in-deutschland-an-corona>

9) Sonderauswertung zu Sterbefallzahlen des Jahres 2020

18. Dezember 2020 - Die Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus stellen weltweit die Gesundheitssysteme vor große Herausforderungen. Die Zahl der Todesfälle in diesem Zusammenhang variiert von Land zu Land. Wie groß sind die direkten und indirekten Auswirkungen der Pandemie auf die Gesamtzahlen der Sterbefälle in Deutschland? Zur Beantwortung dieser Frage stellt das Statistische Bundesamt vorläufige Auszählungen von Sterbefallmeldungen der Standesämter tagesgenau als Sonderauswertung zur Verfügung, bevor die regulären Ergebnisse der amtlichen Sterbefallstatistik vorliegen. Aktuell ist eine solche Auszählung bis zum 22. November 2020 darstellbar.

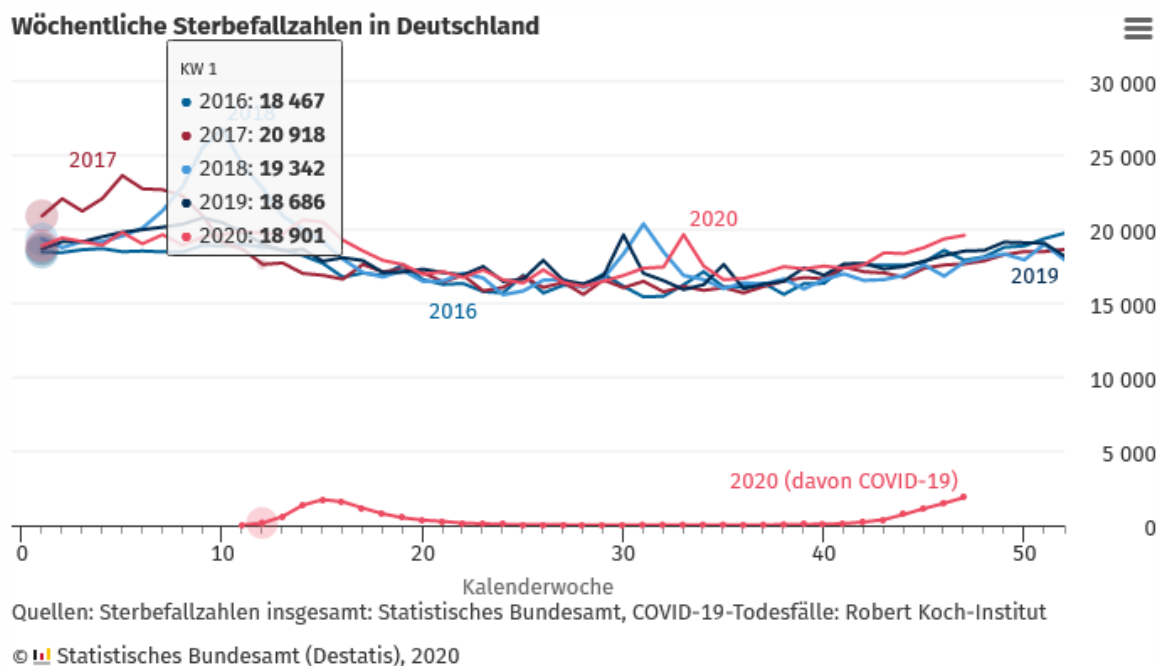
Bei der Betrachtung des Jahresverlaufes in der Sterbefallstatistik sind die typischen Schwankungen während der Grippezeit von ungefähr Mitte Dezember bis Mitte April zu beachten. Dies wird beim Blick auf die Zahlen aus den Vorjahren deutlich: Im März 2019 starben beispielsweise etwa 86 700 Menschen. Im März 2018, also in einem Jahr, als die Grippewelle [besonders heftig ausfiel](#), waren es 107 100. Auch ohne Corona-Pandemie können die Sterbefallzahlen demnach insbesondere in der typischen Grippezeit stark schwanken.

Betrachtet man die Entwicklung im Jahr 2020 nach Kalenderwochen, dann haben sich von der 13. bis zur 18. Kalenderwoche (23. März bis 3. Mai) durchgehend und deutlich erhöhte Sterbefallzahlen im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019 gezeigt. In der 15. Kalenderwoche (6. bis 12. April) war die Abweichung mit 14 % über dem vierjährigen

Durchschnitt am größten. Auch die Zahl der COVID-19-Todesfälle, die beim Robert Koch-Institut (RKI) gemeldet werden, erreichte in dieser Woche ihren damaligen Höchststand. Im gesamten April lag die Zahl der Gestorbenen mit derzeit etwa 83 800 gemeldeten Fällen deutlich über dem Durchschnitt der Vorjahre (+10 %).

Ab der 19. Kalenderwoche (4. bis 10. Mai) lagen die Sterbefallzahlen nach der vorläufigen Auszählung zunächst wieder im Bereich des Durchschnitts der Vorjahre oder schwankten darum. Mitte Juli hatten die Sterbefallzahlen ein Minimum erreicht. Im August waren die Sterbefallzahlen allerdings im Zuge der [Hitzewelle](#) wieder erhöht. Ein deutliches Maximum gab es in der 33. Kalenderwoche (10. bis zum 16. August). Hier lagen die Sterbefallzahlen 20 % über dem Durchschnitt. Dieser ist von zeitlich unterschiedlich verlaufenden Hitzeperioden der Vorjahre beeinflusst. Auch die Sterbefallzahlen im September sind mit 6 % etwas höher als der Durchschnitt der Vorjahre. Eine Zunahme im September gab es jeweils auch in den einzelnen Vorjahren.

In der ersten Oktoberhälfte lag die Zahl der Sterbefälle zunächst wieder im Bereich des Durchschnitts der Vorjahre, seit der zweiten Oktober-hälfte darüber. Die Zahl der Todesfälle von Personen, die zuvor laborbestätigt an COVID-19 erkrankt waren, stieg von Woche zu Woche. In der 47. Kalenderwoche (16. bis 22. November) gab es insgesamt 1 887 COVID-19-Todesfälle. Das waren 390 Fälle mehr als in der Vorwoche und 1 808 Fälle mehr als noch in der 40. Kalenderwoche. Für die 47. Kalenderwoche wurden bislang 19 600 Sterbefälle gemeldet – das sind 9 % mehr als im Durchschnitt der vier Vorjahre.



Methodische Hinweise

Die vorläufigen Sterbefallzahlen beziehen sich auf das Sterbedatum, nicht auf das Meldedatum. Da die gemeldeten COVID-19-Todesfälle vom [RKI ebenfalls nach Sterbedatum veröffentlicht werden](#), ist ein zeitlicher Vergleich mit den vorläufigen Gesamt-Sterbefallzahlen möglich. Das RKI berücksichtigt bei dieser Zählung ausschließlich Fälle, bei denen Alter, Geschlecht und Sterbedatum bekannt sind.

Eigene Auswertungen zum Jahresverlauf der Sterbefallzahlen sind auf Basis der [Sonderauswertung "Sterbefälle – Fallzahlen nach Tagen, Wochen, Monaten, Altersgruppen, Geschlecht und Bundesländern für Deutschland 2016 bis 2020"](#) möglich. Für das Jahr 2020 werden erste vorläufige Daten dargestellt. Bei den vorläufigen Daten handelt es sich um eine reine Fallzahlauszählung der eingegangenen Sterbefallmeldungen aus den Standesämtern ohne die übliche Plausibilisierung und Vollständigkeitskontrolle der Daten. Die Zahl der Sterbefälle 2020 wird sich durch Nachmeldungen noch leicht erhöhen, sodass der Durchschnitt auch dann, wenn er aktuell etwas unterschritten wird, noch erreicht oder überschritten werden kann. Durch gesetzliche Regelungen zur Meldung von Sterbefällen beim Standesamt und Unterschiede im Meldeverhalten der Standesämter an die amtliche Statistik sind aktuelle Aussagen zur Zahl der Sterbefälle mit einem Verzug von etwa vier Wochen möglich. Die nächste Sonderauswertung erscheint am 30. Dezember 2020 mit den Daten für den Berichtsmonat November.

Ausführliche Hintergrundinformationen enthält der [Artikel](#) "Sonderauswertung der Sterbefallzahlen 2020 - Daten zur Einordnung einer zeitweisen Übersterblichkeit im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie" in [Wirtschaft und Statistik 4/2020](#).

Weitere **Informationen und Hintergründe zu den Ergebnissen und der Methodik** unserer Sonderauswertung der vorläufigen Sterbefallzahlen in Deutschland erfahren Sie in unserem aktuellen **Podcast** "[Sterbefallzahlen und Übersterblichkeit während der Corona-Pandemie](#)".

10)

COVID-19: Fallzahlen in Deutschland und weltweit

Fallzahlen in Deutschland

Stand: 23.12.2020, 00:00 Uhr (online aktualisiert um 08:30 Uhr)

Die Anzahl der Fälle - und deren Differenz zum Vortag - und die Anzahl der Todesfälle beziehen sich auf Fälle, die dem RKI täglich übermittelt werden. Dies beinhaltet Fälle, die am gleichen Tag oder bereits an früheren Tagen an das Gesundheitsamt gemeldet worden sind. Bei den Fällen in den letzten 7 Tagen und der 7-Tage-Inzidenz liegt das Meldedatum beim Gesundheitsamt zugrunde, also das Datum, an dem das lokale Gesundheitsamt Kenntnis über den Fall erlangt und ihn elektronisch erfasst hat.

Bundesland	Elektronisch übermittelte Fälle				
	Anzahl	Differenz zum Vortag	Fälle in den letzten 7 Tagen	7-Tage-Inzidenz	Todesfälle
Baden-Württemberg	217.464	2.998	22.435	202	4.267

Bundesland	Elektronisch übermittelte Fälle				
	Anzahl	Differenz zum Vortag	Fälle in den letzten 7 Tagen	7-Tage- Inzidenz	Todesfälle
Bayern	296.497	3.762	27.228	207	5.966
Berlin	89.519	1.490	7.577	206	1.066
Brandenburg	34.117	656	4.808	191	714
Bremen	12.765	123	909	133	175
Hamburg	33.308	582	2.755	149	561
Hessen	125.049	2.411	13.060	208	2.296
Mecklenburg- Vorpommern	10.210	311	1.549	96	127
Niedersachsen	96.959	727	8.532	107	1.702
Nordrhein-Westfalen	362.430	5.132	34.184	190	5.608
Rheinland-Pfalz	65.473	833	6.729	164	1.137
Saarland	18.184	207	1.610	163	377
Sachsen	111.922	2.728	16.861	414	2.409
Sachsen-Anhalt	24.249	685	4.185	191	458
Schleswig-Holstein	21.855	795	3.016	104	348
Thüringen	34.919	1.300	6.818	320	757
Gesamt	1.554.920	24.740	162.256	195	27.968

Eine Gesamtübersicht der pro Tag ans RKI übermittelten Fälle, Todesfälle und 7-Tages-Inzidenzen ist [hier](#) abrufbar (Tabelle wird arbeitstäglich aktualisiert).

11) Kritik an Krisenkommunikation -Bitte etwas weniger Endzeitstimmung

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-kommunikation-mahnen-100.html>

Es droht "**Unheil**", sagt Kanzlerin Angela Merkel [im Anschluss an den sogenannten Corona-Gipfel](#). "Wir sind einem **zweiten Lockdown** näher, als wir wahrhaben wollen", orakelt Bayerns Ministerpräsident Markus Söder. Und SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach [sagt im ZDFheute-Interview](#), 10.000 Infizierte wären "eine mittlere **Katastrophe**".

Was für Worte.

"In den letzten Tagen häufen sich immer mehr **die allerschlechtesten Szenarien** in der Öffentlichkeit - meist von der Politik gestreut, aber auch von Virologen", sagt Wolfgang Merkel, Politikwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin. Natürlich sei die Angst wissenschaftlich gerechtfertigt. Dennoch dürften auch Politiker "etwas zurückhaltender mit diesen Endzeitszenarien" sein, sagt er der ZDF-Sendung "[Berlin direkt](#)".

Warum Angst kein guter Ratgeber ist

Vor allem eine Frage rückt zunehmend in den Mittelpunkt der Diskussion: Erreicht man mit Alarmismus nicht eher das Gegenteil dessen, was man erreichen will? Schalten Menschen bei zu viel Warnung irgendwann ab? "Wir sollten wissen, dass **über Angst keine Regierung dauerhaft regieren kann**", sagt Wolfgang Merkel. Ist also die Krisenkommunikation der Regierenden kontraproduktiv?

15) Weltstatistiken in Echtzeit

<https://www.worldometers.info/de/>

16) Wie viele Menschen starben wirklich?

Wie viele Menschen bislang tatsächlich an Covid-19 starben, lässt sich nur schwer einschätzen. Statistiken zur Übersterblichkeit bieten viel Interpretationsspielraum – und sind nicht immer vergleichbar.

<https://www.spektrum.de/news/wie-viele-menschen-starben-wirklich/1766347>

17) Wutrede von Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) | Berichtet von der Sendung Anne Will | 16.12.2020

Siehe Video

18) **[Panikmache ist verantwortungslos !](http://www.european-news-agency.de/politik/panikmache_ist_verantwortungslos_-79300/)**

http://www.european-news-agency.de/politik/panikmache_ist_verantwortungslos_-79300/

Verantwortlicher Autor: Herbert M. Lukele Wien, 25.09.2020, 15:26 Uhr

Kommentar: +++ Politik +++ Bericht 4443x gelesen

Wien [ENA] Von Politik und Wissenschaft sollte man Vernunft und Verhältnismäßigkeit erwarten. Leider ist das Gegenteil der Fall. Es wird mit Panik erzeugenden Worten enorme Angst erzeugt, die mittlerweile weite Teile der Bevölkerung erfasst hat. Angst ist immer schlecht. Es schadet dem Immunsystem und schaltet das Hirn aus. Man denkt nicht mehr und folgt nur noch blind den Angstmachern und das ist fatal!

Ja der Corona Virus ist da und wird weiter unter uns bleiben. Darüber sind sich doch alle einig. Wie viele andere Viren kann auch dieser speziell für bestimmte Personen tödlich sein! Aber wann ist ein Virus ein wirklich tödlicher Virus? Bei 0,5% von Erkrankten? Bei 5 %, 10% oder gar darüber? Man sollte dies vielleicht einmal diskutieren. Natürlich ist es traurig wenn Menschen sterben, das bestreitet auch niemand. Was mich an dieser Pandemie stört, ist die Tatsache, dass man (vielleicht mit Absicht?) verlernt hat miteinander zu sprechen und die verschiedenen Meinungen und auch Tatsachen zusammenzuführen und vernünftig mit dem Volk umzugehen. Sachlicher Meinungs austausch und Vernunft sollten jetzt wichtig sein!

Hinter jeder Coronanachricht kreisen als Hintergrundbild giftgrüne oder rote Virenbilder die Angst erzeugen und die angstmachende Wortwahl der Moderatoren noch verstärken. Wozu frage ich mich? Es ist auch ein fataler Fehler wenn alles was andere Ergebnisse zu diesem Thema hervorbringt, sofort verteufelt wird und als rechtsradikal oder Verschwörung abgetan wird. Ja, es gibt natürlich immer irgendwelche Extremisten aber es sind nicht alle die andere Meinungen vertreten auch automatisch in diese Gruppe abzuschieben. Viele

Ärzte, Virologen, Pandemieexperten, Universitäten und Statistiker haben sich mittlerweile zu Wort gemeldet und Kritik an den momentan verwendeten PCR Test angemeldet welche auch belegbar ist.

Sie fordern einen standardisierten Test, der als Basis für die Diagnose eines Arztes verwendet wird. Der Arzt stellt schlussendlich auch eine tatsächliche Erkrankung fest. Tatsache ist, dass die Anzahl der Toten und der in den Intensivstationen behandelten Menschen sehr gering ist und war. Tatsache ist, dass auch diejenigen mitgezählt werden, die nicht an Corona sondern mit Corona gestorben sind. Tatsache ist, dass die Ausbrüche in den verschiedensten Staaten nicht einfach in einen Topf geworfen werden dürfen. Man muss sich die Situation immer genau ansehen. Tatsache ist das die Obduktion (wie z.B. in Hamburg) Klarheit über die Gefährlichkeit des Virus bringt. Man sollte immer unnötige Emotionen vermeiden und sachlich diskutieren.

Nur wenn Wissenschaftler und Ärzte vernünftig und unvoreingenommen alle Fakten prüfen, kann man die richtigen Entscheidungen treffen. Angst entzweit die Gesellschaft. Das Thema Gesundheit ist zu ernst um mit den Menschen zu spielen. Wirtschaftliche Aspekte sind genauso wichtig wie gesellschaftliche und rechtliche Folgen. Es bedarf viel mehr an Diskussion und gemeinsamer Arbeit, als alles nur von einem Virologen und dessen Meinung abhängig zu machen. Zurück zur Vernunft und ein wenig mehr Gelassenheit. Vor allem erwartet man sich das von Politikern und den Medien. Ein Kapitän dessen Schiff ein Leck hat, bleibt ebenfalls ruhig und gelassen. Er wird Panik unter den Passagieren vermeiden und klare, vernünftige Entscheidungen treffen.

20) Artikel 22 Grundgesetz

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Art 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen

und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung

sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum

Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.